

Die Politik von Präsident Joe Biden treibt die Stromkosten in die Höhe und wird dies laut einer der größten Banken der USA voraussichtlich auch weiterhin tun.

geschrieben von Andreas Demmig | 15. Juli 2024



NICK POPE Mitwirkender, *Daily Caller News Foundation*, 08. Juli 2024

Das Bank of America Institute veröffentlichte am 2. Juli eine Notiz mit dem Titel „Powering the Revolution“, in der Analysten erklärten, dass die Energiepreisinflation im Vergleich zum Vorjahr im Mai 5,9 % erreichte, verglichen mit 3,8 % im Januar. Die Autoren der Notiz schrieben, dass Trends, die durch die Politik der Biden-Regierung vorangetrieben werden, wie die Nutzung von Elektrofahrzeugen (EV), die zunehmende Nutzung von Wärmepumpen, neue Rechenzentren zur Entwicklung künstlicher Intelligenz (KI) und die Erweiterung der Produktionskapazitäten, die Preise langfristig wahrscheinlich kumulativ in die Höhe treiben werden.

„Die Verbraucher haben in letzter Zeit eine gewisse Atempause von den steigenden Stromrechnungen bekommen, wobei die durchschnittliche jährliche Stromrechnung pro Kunde in den drei Monaten bis Mai um 1,4 % gesunken ist, wie aus internen Daten der Bank of America hervorgeht. ... Sie zahlen jedoch immer noch viel mehr als 2019, und die Preise für einige Versorgungsleistungen, einschließlich Strom, sind gestiegen, was darauf hindeutet, dass jede Erleichterung nur von kurzer Dauer sein könnte.“

(VERWANDTE THEMEN: Texas boomt trotz eines brüchigen Stromnetzes, das „katastrophale“ Risiken für ganz Amerika birgt)

„Gleichzeitig steigt der Strombedarf tatsächlich, was das Angebot unter Druck setzt, und das könnte noch lange so bleiben, da sowohl die industrielle Verlagerung als auch die KI-Revolution den Bedarf an Erzeugungskapazitäten ankurbeln“, heißt es in der Mitteilung weiter. „Dieser Bedarf an erheblichen Investitionen in die Erzeugung und die damit verbundene Verteilungsinfrastruktur könnte auf absehbare Zeit ein Hindernis für die Stromrechnungen der Verbraucher sein.“

In der Mitteilung werden insbesondere die zunehmende Verbreitung von

Elektrofahrzeugen und Wärmepumpen als mögliche Faktoren genannt, die die Nachfrage ankurbeln, sowie die gestiegene Industrieaktivität, die teilweise auf Subventionen zurückzuführen ist, die durch zwei von Bidens wichtigsten Gesetzentwürfen, den Inflation Reduction Act (IRA) und den CHIPS Act, freigesetzt wurden. Allein der KI-Boom könnte laut der Bank bis 2026 zwischen 18 und 28 Gigawatt (GW) Strom erfordern, und auch die schrittweise Reanimierung der Produktionskapazitäten in die USA dürfte die Nachfrage erhöhen.

„Während die Schwankungen der globalen Rohstoffpreise, insbesondere bei fossilen Brennstoffen, wahrscheinlich weiterhin die Energiepreise beeinflussen werden, die Verbraucher zahlen müssen, könnte der Bedarf an zusätzlichen Kapazitäten im Stromerzeugungssystem durchaus als Gegenwind für einen länger anhaltenden Rückgang ihrer Stromrechnungen wirken. Angesichts des größeren relativen Anteils der Einnahmen, die die Stromrechnungen bei Menschen mit geringerem Einkommen sowie bei älteren Generationen ausmachen, müssen die Gesamtauswirkungen auf die Verbraucher sorgfältig überwacht werden.“

Der Bericht stellt außerdem die Belastung der Verbraucher durch Versorgungszahlungen nach Altersgruppen dar und kommt zu dem Schluss, dass höhere Rechnungen junge und ältere Verbraucher besonders hart treffen.

Netzaufsichtsbehörden warnen davor, dass die USA einen Kurs verfolgen, der den Strombedarf erhöht und gleichzeitig zuverlässige, erschwingliche fossile Brennstoffkapazitäten stilllegt und durch unregelmäßige grüne Energieerzeugung wie Wind- und Solarenergie ersetzt. Dieser Trend hat die Sorge vor möglichen Versorgungskrisen in der Zukunft verstärkt, und einige Zuverlässigkeits-bewertungen haben bereits festgestellt, dass Stromnetze, die weite Teile des Landes versorgen, bei starkem Winter- oder Sommerwetter potenziell von Versorgungsengpässen bedroht sind.

Der Bericht basiert größtenteils auf internen Informationen und Transaktionsdaten der Bank of America. Die Autoren weisen darauf hin, dass die Informationen, die sie für ihre Bewertung heranzogen, *„ein gewisses Maß an Auswahlverzerrung und Einschränkungen der verfügbaren Daten widerspiegeln könnten“*.

Das Weiße Haus antwortete nicht sofort auf eine Bitte um Stellungnahme.

<https://dailycaller.com/2024/07/08/biden-policies-electricity-bill-increase-bank-of-america/>

All content created by the Daily Caller News Foundation, an independent and nonpartisan newswire service, is available without charge to any legitimate news publisher that can provide a large audience. All republished articles must include our logo, our reporter's byline and their DCNF affiliation. For any questions about our guidelines or partnering with us, please contact licensing@dailycallernewsfoundation.org.

Übersetzt durch Andreas Demmig